

# Die Brotaufgabe.

## Ein verbrecherischer Plan gegen die Mittellosen.

In der Sonntagsnummer der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht der Staatssekretär für das Ernährungswesen den Plan, der für die Aufbringung der bevorstehenden unerhörten und unerschwinglichen Brot- und Mehlpreise ausgeheckt worden ist. Es sei von vornherein gesagt, daß die Art, wie man sich die Aufteilung zwischen Besitzenden und Mittellosen denkt, geradezu eine Karikatur auf die bescheidensten Forderungen der Sozialpolitik ist. Da aber die Zeiten der hunderttausend Arbeitslosen und der Millionen Darbenden denn doch zu ernst für solche Regierungskarikaturen sind, so darf wohl gesagt werden, daß das Zustandekommen dieser Mißgeburt von sozialer Fürsorge mit allen Mitteln verhindert werden muß. Man möchte hoffen, daß es nur ein Versuchsballon für die Absichten des Herrn v. Löwenfeld-Ruß sei, aber leider weist alles darauf hin, daß der Plan regierungsseitig geteilt werde. Jedenfalls darf man mit größter Spannung die Auserkung der sozialdemokratischen Mitglieder erwarten, wobei Raschheit doppelt Pflicht ist. Die ebenso bedrohten christlichsozialen Verbraucher werden wohl mit den „Männern ihres Vertrauens“ gleichfalls unabweisende Aussprüche erbitten.

Die Last soll, wie man mitteilt, zwischen denen, die noch recht gut etwas vertragen können, und denen, die ohnehin schon zusammenbrechen, so verteilt werden: von den Mehrkosten des ausländischen Getreides, die der Staatssekretär für dieses Jahr auf 600 bis 700 Millionen schätzt, soll ein Teil durch eine einmalige Abgabe, die sogenannte Brotaufgabe, gedeckt werden; den anderen Teil, selbstverständlich den erheblich größeren, will man von der Gesamtheit der Verbraucher durch Erhöhung der Preise tragen lassen. Von der Brotaufgabe werden Einkommen unter 10.000 Kronen freigelassen; die Mehrpreise von Brot und Mehl zahlt aber jeder, ob er könne oder nicht. Für die Brotaufgabe soll eine Staffelung gelten, die sich die Verfasser des Planes wie folgt vorstellen:

Einkommen K	Brotaufgabe K
10.000 bis 14.000	48
14.000 „ 20.000	96
20.000 „ 30.000	160
30.000 „ 40.000	360
40.000 „ 60.000	640
100.000 „ 150.000	1920
1.000.000 „ 2.000.000	7920

(Einen Teil der Last sollen auch die Selbstversorger tragen, wobei der Grundsatz, die Reichen zu schonen, noch rücksichtsloser durchgeführt ist. Die Grundsteuerpflichtigen sollen einen Zuschlag von 80 v. H. des Katastralreinertrages — des berechtigten — bezahlen, der Fürst Schwarzenberg ebenso wie der ärmste Gebirgsbauer. Hier hat man nicht einmal mehr das Maskenspiel einer aufsteigenden Abgabe versucht.)

Sehen wir aber etwas näher zu, wie die anscheinend vorhandene Steigerung der Auflage in Wirklichkeit beschaffen ist. Dem Herrn Staatssekretär kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er sich diesbezüglich etwas zu sehr um die Wahrheit herumdrückt. Diese sieht nämlich folgendermaßen aus: Herr v. Löwenfeld-Ruß nimmt an, daß jede Familie durchschnittlich aus vier Köpfen bestehe; das ist nun zwar ein Irrtum, denn die Statistik zeigt die Ziffer 4,29 als Durchschnitt eines Hausstandes, und außerdem kommen ja auch die im Haushalte lebenden und ernährten Haus- und Arbeitsgehilfen in Betracht. Nehmen wir aber der Kürze halber keine Angabe als richtig an. Nun muß man sicherlich, wenn man nicht sich und die anderen belügen will, um die wahre und gerechte Staffelung der Mehrkosten herauszufinden, außer der Brotaufgabe auch die im Preise enthaltenen und mit ihm eingehobenen Mehrkosten berechnen. Tut man das, so stellt sich die Rechnung wie folgt: Nach den Angaben der Mitteilung in der „Neuen Freien Presse“ wird die Preiserhöhung für eine vierköpfige Familie wöchentlich K 3,28, somit jährlich K 170,56 betragen. Diese, zu der Brotaufgabe zugeschlagen, ergibt die Ziffern der vorletzten Reihe, während die letzte zeigt, wieviel vom Hundert des Jahreseinkommens diese wirkliche Gesamtverteuerung berichthigt. Dabei wurde, um die Sache nicht zu weitläufig zu machen, der Durchschnitt der Einkommen zugrunde gelegt, also z. B. bei der Staffel 10.000 bis 14.000 das Einkommen von 12.000 usw.

Das sieht nun ganz gewaltig anders aus und rechtfertigt ohne jeden Zweifel die Kritik, die wir in die Überschrift gelegt haben. Statt daß die höheren und hohen Einkommen verhältnismäßig stärker getroffen würden, nimmt die Belastung ab, um bei den Allerreichsten, den Erzmillionären auf weniger als ein Drittel der Belastung der untersten Einkommen zu sinken! Gält man es für denkbar, daß selbst bei der Kammsgeduld unseres armen deutschösterreichischen Volkes eine so himmelstreichende Begünstigung der Reichen durchgeführt werden könnte.

Als Freunde wirklicher Ordnung — die allerdings anders und weniger selbstzufrieden als die halbamtlich gepriesene ist — erwarten wir, daß man sich diesen Plan gründlich ansieht und dann sich eines Besseren

bestimmen werde, daß ja auch hier so nahe liegt; man braucht sich nur ein wenig dessen zu erinnern, was in noch nicht sehr lange vergangenen Zeiten sozialistische Überzeugung war. Hundert Millionen soll die ganze Brotaufgabe bringen, vier- bis fünfhundert die Belastung des Volkes.

Einkommen	Auflage	Mehrpriest	Zusammen	Prozent des Einkommens
12.000 K . . .	48	170,56	218,56	1,8
16.000 „ . . .	96	170,56	266,56	1,66
25.000 „ . . .	160	170,56	330,56	2,2
35.000 „ . . .	360	170,56	330,56	1,51
50.000 „ . . .	640	170,56	810,56	1,62
125.000 „ . . .	1920	170,56	2090,56	1,67
1.500.000 „ . . .	7920	170,56	8090,56	0,54

Wir verlangen mit allem Nachdruck — sind wir gleich überzeugt, daß man das Verlangen, weil es berechtigt ist, nicht beachten werde —, daß diese hundert Millionen nicht von den wirklich Schwachen mit zehntausend Kronen Einkommen, die es bitter spüren würden, und den Kleinbauern, sondern ganz allein von den Schwermillionären mit hunderttausend und mehr Kronen Einkommen und ihren Genossen von Ar und Galm hereingebracht werden. Nur das ist gerecht, nur das menschlich und auch volkswirtschaftlich richtig; vor allem aber ist es ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung, auf die jetzt so großer Wert gelegt wird. Man schone die, die neue Lasten nicht mehr tragen können, und ziehe die heran, die deswegen noch nicht ein Beefsteak weniger zu essen brauchen. Das ist die Pflicht einer hohen Obrigkeit.

Ein wenig Selbsthilfe aber werden wir auch üben müssen. Man erschrecke hohen Orts nicht; es wird eine durchaus gezielte sein. Es scheint uns selbstverständliche Pflicht der Wahlwerber zu sein, daß sie den Wählern klipp und klar, ohne alle Umschweife sagen, wie sie sich zu dem Plane der Brotaufgabe stellen; die Wähler aber mögen ihnen durch Anfragen in den Wählerversammlungen dazu die gewiß willkommene Gelegenheit bieten. In diesen Versammlungen sprechen die Bewerber ein wenig zu viel und die Wähler viel zu wenig. Das sollte noch in vorletzter Stunde anders werden; nicht nur wir wollen hören, was die geschätzten Führer zu sagen haben, wissen wir es doch zumeist schon in wünschenswertester Ausführlichkeit; auch sie sollen erfahren, was unsere Wünsche und Begehren sind, was wir erwarten und was wir uns ganz gehoramt erbitten. Dazu aber gehört sicherlich eine Verteilung der neuen schweren Last nach Grundätzen, wie sie hier noch viel zu schonend gekennzeichnet worden sind. Man braucht sich ja keinen Zwang aufzuerlegen, denn Dank dem glorreichen Burgfriedensübereinkommen ist man ja ganz unter sich und kein Gegner belauscht die Aussprüche zwischen den Wahlwerbern und denen, die sie wählen dürfen.